



Pressemitteilung

Jürgen Wilhelm, Vorsitzender der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit erklärt zum Jahrestag des Überfalls der Hamas auf Israel:

Die Landesregierung in NRW muss den Ankündigungen endlich Taten folgen lassen!

Der terroristische Überfall der islamistischen Hamas auf Israel jährt sich am 07. Oktober, zum ersten Mal. Damals ermordeten mehrere tausend bewaffnete Terroristen bei gleichzeitigem Raketenbeschuss über 1100 Menschen, Alte, Frauen, Kinder und entführten 239 weitere als Geiseln.

Die begangenen Massaker, Folterungen, Vergewaltigungen, darunter auf einem Musikfestival, und in Kibbuzim waren von unvorstellbarer Brutalität.

Wer in Deutschland und Europa, aber auch in den USA anfangs noch dachte, der islamistische und antisemitische Terror der Hamas sei womöglich ein Weckruf, fortan den israelbezogenen Antisemitismus ernster zu nehmen und gegen ihn anzuarbeiten, musste schließlich enttäuscht und erschreckt feststellen, dass der Antisemitismus seitdem so stark ist wie lange nicht mehr. Lehrkräfte berichten aus den Schulen, dass der Antisemitismus deutlich vernehmbarer geworden ist und auch die Meldestellen haben einen massiven Anstieg antisemitischer Vorfälle im letzten Jahr registrieren müssen. **Angesichts dieser Entwicklungen ist es umso schlimmer, dass die ohnehin knappen Gelder für politische Bildungsarbeit gegen Antisemitismus gekürzt werden sollen.**

Wurden zwar nach dem Überfall der Hamas einige Sondermittel zur Verfügung gestellt, fehlt in Ermangelung einer kontinuierlichen Finanzierung dennoch die Möglichkeit die aufgebauten Strukturen aufrechtzuerhalten. Als Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit sind wir einer von sehr wenigen Bildungsträgern, die in Nordrhein-Westfalen – aber auch bundesweit ist die Lage nicht besser – über Antisemitismus aufklären. Um diese Arbeit verlässlich fortführen zu können, braucht es eine Entfristung der bestehenden Projekte. Wir haben das bereits vor Jahren im Landtag mit vielen anderen Gruppierungen gefordert. Leider ist wenig bis nichts passiert. Solange die Strukturen so prekär finanziert bleiben wie aktuell und solange die Auseinandersetzung mit Antisemitismus und anderen reaktionären Ideologien nicht auch in den Schulen stärker verankert wird, bleibt unsere Arbeit ein Tropfen auf dem heißen Stein. **Dass dieser Missstand seit vielen Jahren unverändert fortbesteht, obwohl aus der Politik immer wieder die Notwendigkeit betont wird, systematisch gegen Antisemitismus vorzugehen, ist ein Skandal. Lippenbekenntnisse sind keine angemessene Antwort auf die wachsende Bedrohung für unsere jüdischen Freunde in Deutschland! Eine systematische Befassung mit dem Problem des Antisemitismus in den Schulen gehört in den Lehrplan der Sekundarstufe 2!**

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Marcus Meier, Geschäftsführer